



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD

Drs. 18/21514, 18/22235

Menschenrechtsverletzungen in Kasachstan: Solidarität mit der Zivilgesellschaft

Der Landtag

- betrachtet es in Unterstützung der Entschließung des Europäischen Parlaments zur Situation in Kasachstan (2022/2505(RSP)) mit großer Sorge, dass sich die Menschenrechtssituation in Kasachstan in den vergangenen Monaten dramatisch verschlechtert hat,
- verurteilt scharf die Gewalttaten, die im Anschluss an friedliche Proteste im Januar 2022 in Kasachstan verübt wurden und fordert die Staatsorgane Kasachstans eindringlich auf, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen und die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu achten und alle politischen Gefangenen umgehend freizulassen und vollständig zu rehabilitieren sowie die Praxis der Folter und Misshandlung in Haftanstalten umgehend einzustellen,
- bedauert zutiefst den Verlust von Menschenleben und spricht den Opfern und ihren Angehörigen sein Beileid aus.

Der Landtag stellt fest,

- dass der Befehl von Kasachstans Präsident Toqayev am 7. Januar 2022, ohne Vorwarnung mit scharfer Munition gezielt auf Demonstranten zu schießen, gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen Kasachstans zur Achtung und zum Schutz des Rechts auf Leben verstößt,
- dass die Staatsorgane Kasachstans schon seit langer Zeit die Grundrechte eingeschränkt haben, darunter das Recht auf friedlichen Protest, die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung,
- dass Kasachstan in der Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ im Jahr 2021 an 155. Stelle von 180 Ländern steht,
- dass die Staatsorgane Kasachstans ihre ins ausländische Exil gezwungenen Gegner politisch verfolgen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, in geeigneter Weise ihren Einfluss innerhalb der EU und gegenüber der Bundesregierung geltend zu machen, die genannten

Menschenrechtsangelegenheiten zur Sprache zu bringen und eine europäische Strategie zur Solidarität mit der kasachischen Zivilgesellschaft und Demokratiebewegung zu unterstützen.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident